



Initiative für Transparenz und Demokratie

## Wohnen: Der Immobilienlobby nicht das Feld überlassen!

Sehr geehrter Herr Bauminister Seehofer,  
sehr geehrte Frau Verbraucherschutzministerin Barley,  
sehr geehrter Herr Finanzminister Scholz,

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis. Um dieses zu sichern, muss sich Wohnungspolitik in erster Linie an den Interessen derer orientieren, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Die Bundesregierung darf sich nicht länger einseitig an den Interessen der Immobilienkonzerne und Investoren orientieren:

Beenden Sie die Privilegierung der Immobilienlobby und holen Sie alle wohnungspolitischen Akteure an einen Tisch.

Ermöglichen Sie eine offene Debatte, die gutes Wohnen für alle in den Mittelpunkt stellt.

Geben Sie dem Gemeinwohl Vorrang vor dem Interesse an Rendite!

Vorname, Name	PLZ, Ort
Straße, Nr.	Unterschrift
<b>Ich möchte weiter informiert werden:*</b> <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Email

Vorname, Name	PLZ, Ort
Straße, Nr.	Unterschrift
<b>Ich möchte weiter informiert werden:*</b> <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Email

Vorname, Name	PLZ, Ort
Straße, Nr.	Unterschrift
<b>Ich möchte weiter informiert werden:*</b> <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Email

Vorname, Name	PLZ, Ort
Straße, Nr.	Unterschrift
<b>Ich möchte weiter informiert werden:*</b> <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Email

Wenn Sie Ja ankreuzen, speichert LobbyControl e.V. Ihre Daten und nutzt sie für die Satzungszwecke des Vereins. Damit geben Sie uns das Einverständnis, Sie über unsere Arbeit und Möglichkeiten der Unterstützung per E-Mail oder Brief zu informieren. Außer zur Unterschriften-Übergabe erfolgt keine Weitergabe Ihrer Daten. Wir verarbeiten Ihre Daten auf der Grundlage der EU-Datenschutzgrundverordnung (Art. 6 Abs. 1). Sie können der Verwendung Ihrer Daten jederzeit widersprechen. Weitere Informationen finden Sie in unserer Datenschutzerklärung. <https://www.lobbycontrol.de/initiative/impressum/>

### Ausgefüllte Listen bitte bald an

LobbyControl e.V. | Am Justizzentrum 7 | 50939 Köln

### Neue Listen

Wir schicken Ihnen gerne neue Listen zu: Eine kurze Nachricht an [service@lobbycontrol.de](mailto:service@lobbycontrol.de) oder 0221 / 995 71 50 reicht aus. Sie können Listen auch hier herunterladen: <https://www.lobbycontrol.de/wohnen-aktion/liste/>

An

LobbyControl e.V.  
Am Justizzentrum 7  
50939 Köln



**Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis - jeder und jede muss es sich leisten können.** Doch immer mehr Menschen finden keine Wohnung, während die Gewinne der Immobilienkonzerne seit Jahren in die Höhe schießen. Zu lange blieb die Politik in dieser wichtigen sozialen Frage untätig.

**In einer Demokratie darf die Politik dieses zentrale Thema nicht vorrangig der Immobilienlobby überlassen. Doch genau das droht die Bundesregierung zu tun.** Das zeigt auch der Wohngipfel am 21. September, bei dem die Weichen für die Politik der nächsten Jahre gestellt werden. Die Teilnehmerliste und Themenschwerpunkte offenbaren eine krasse Schlagseite zugunsten derer, die aus der Wohnungskrise Profit schlagen wollen.

**Alle großen Lobbyverbände der Immobilienbranche sind dabei.** Sie vertreten auch berüchtigte Konzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen sowie Großinvestoren aus dem Finanzsektor. Ihnen gegenüber stehen lediglich der Mieterbund, der nur einen Teil der Mietervereine in Deutschland vertritt, sowie die Gewerkschaften, die die Interessen der Beschäftigten in Bau- und Immobilienbranche einbringen sollen. Für Sozialverbände, Recht-auf-Stadt-Initiativen, unabhängige Mietervereine, Wohnungslose und Umweltschützer ist nicht einmal ein Platz am Katzentisch vorgesehen.

**Zudem wurde schon vorab klar, dass die Wünsche der Immobilienlobby im Mittelpunkt stehen:** Deregulierung im Baurecht und Steuergeschenke für Investoren. Und hinter den Kulissen arbeitete die Union daran, die Mietpreisbremse weiter zu verwässern.

Beim Gipfel will Bauminister Seehofer übers renditeorientierte Bauen reden – nicht aber über andere Ansätze, die von Mietervereinen, Bürgerinitiativen und anderen Gruppen schon seit Jahren in die Diskussion gebracht werden. Dazu gehört etwa die Förderung eines gemeinnützigen Wohnungsbaus wie in Österreich, der Mieter besser vor Mondpreisen schützt. Wenn über so etwas nicht einmal diskutiert wird, ist **absehbar, dass Gemeinwohl und gesellschaftliche Grundbedürfnisse weiterhin unter die Räder der Rendite-Interessen geraten. Dagegen protestieren wir!**

Denn schon seit Jahren leiden Geringverdiener, Alleinerziehende, Familien und Rentner unter steigenden Mieten. Inzwischen finden selbst Durchschnittsverdiener in vielen Großstädten keine bezahlbare Bleibe mehr. Die Gewinne von Immobilienkonzernen wie Vonovia oder Deutsche Wohnen dagegen steigen unablässig – zur Freude von Anteilseignern wie Blackrock und Barclays. **Deutsches „Betongold“ ist seit der Finanzkrise zum begehrten Anlageobjekt internationaler Investoren geworden, die auf Traumrenditen spekulieren – und dafür auch Einfluss auf die Politik nehmen.**

Wohnungspolitik beschränkt sich nicht auf „Bauen, bauen, bauen“, sondern heißt immer auch Stadt- und Regionalentwicklung - mit Auswirkungen auf Verkehr, Grünflächen, die Lebensqualität und das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Wohnsituation hat maßgeblichen Einfluss auf Gesundheit und soziale Teilhabe, Arbeits- und Bildungschancen. **Dieses wichtige Feld dürfen wir nicht der Immobilienlobby überlassen!**

**Helfen Sie jetzt, der Bundesregierung klar zu machen: Damit alle bezahlbar wohnen, müssen alle mitreden können. Unterzeichnen Sie unseren Appell auf der Rückseite und sammeln Sie Unterschriften von Ihren Freund/innen und Kolleg/innen. Danke!**

Hier können Sie den Appell online unterzeichnen: <https://www.lobbycontrol.de/wohnen-aktion/>